

Protokoll der Versammlung der örtlichen Gliederungen der anerkannten Behindertenverbände und des Aktionskreises Der behinderte Mensch in Dortmund am 30. Januar 2013 im Rathaus

Anwesend:

Friedrich-Wilhelm Herkelmann, SOVD
Gunther Niermann, Paritätischer Wohlfahrtsverband
Esther Schmidt, Aktionskreis Der behinderte Mensch in Dortmund
Manuel Salomon, MOBILE e.V.
Siegfried Volkert, BPN
Richard Schmidt, BPN
Benjamin Beckmann, Ratsfraktion B90/Grüne
Bernd Witting, Stadtverband d. Gehörlosenverein Dortmund e.V.
Gertrude Herzog, DSB-Deutscher Schwerhörigen Bund OV Dortmund
Martina Richter, Deutsche Ilco und stellvertretendes Mitglied BPN
Rainer Klein, Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH
Oliver Onken, Lebenshilfe Amb. Dienste
Petra Opitz, IBS
Michael Vaupel, RBG
Sigrid Meyer, BPN
Evelyn Nieft, BPN
Jasmin Jäkel, SPD-Fraktion
Norbert Schilff, Vorsitzender Ausschuss Personal und Organisation Rat der Stadt Dortmund
Klaus Wlost, FDP-Bürgerliste
Christiane Rischer, BPN
Christa Rogge, BPN
Rosemarie Szufra, SOVD
Christiane Vollmer, Behindertenbeauftragte

Herr Herkelmann, der Vorsitzende des Behindertenpolitischen Netzwerks, begrüßt die Anwesenden und wünscht ein gutes Neues Jahr. Er bittet um Zustimmung, dass er die Sitzungsleitung übernimmt. Die Anwesenden sind einverstanden.

1. Tagesordnung:

Auf Vorschlag von Herrn Herkelmann wird die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

- Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Behindertenpolitischen Netzwerks und
- Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Zweigstellen der Sparkasse Dortmund

erweitert.

2. Protokoll der Versammlung der örtlichen Gliederungen der anerkannten Behindertenverbände und des Aktionskreises Der behinderte Mensch in Dortmund vom 1. Februar 2012 im Rathaus:

Dazu gab es keine Anmerkungen.

3. Rückblick auf die Arbeit des Behindertenpolitischen Netzwerks 2012

In Verbindung mit

4. Ausblick auf die Arbeit des Behindertenpolitischen Netzwerks 2013, Bericht aus der Klausur am 12.01.13:

Herr Herkelmann begrüßt Frau Jäkel und Herrn Schilff von der SPD-Fraktion Herrn Beckmann von Bündnis 90/die Grünen im Rathaus und Herrn Wlost von der Fraktion FDP/Bürgerliste und bittet die Gäste um ihre Einschätzungen.

Frau Jäkel weist auf den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Inklusion hin, der im November eingebracht wurde. Der SPD-Fraktion sei es wichtig,

- vorhandene Erfahrung zusammenzutragen,
- in einem Aktionsraum Inklusion im Umfassenden Sinne als Pilotprojekt umzusetzen,
- auf Basis des Pilotprojektes den Inklusionsprozess Stadtweit zu verbreitern,
- Schule Jugend und Bildung in den Fokus zu nehmen,
- einen Zeitplan für den Inklusionsprozess zu entwickeln,
- eine Kostenschätzung vorgelegt zu bekommen,
- das Konnexitätsprinzip einzuhalten,
- klare Aussagen von Land und Bund zu bekommen und
- über Interkommunale Vergleiche von anderen zu lernen.

Ihr sei es wichtig, sich im Inklusionsprozess nicht durch die Kosten abschrecken zu lassen. Sie sieht Dortmund auf einem guten Weg.

Herr Beckmann richtet Grüße von Frau Blotenberg aus, die terminlich beim Landschaftsverband gebunden ist. Aus seiner Kenntnis sowohl der Arbeit des Behindertenpolitischen Netzwerks als auch des Integrationsrats stellt er fest, dass die Anliegen des Netzwerks über die beratenden Mitglieder in den Ausschüssen Gehör finden, Beschlüsse des Netzwerks wahrgenommen werden und die Arbeit insgesamt als erfolgreich eingeschätzt werden kann. Dazu habe die klare Benennung von Ansprechpartner/innen und die Beharrlichkeit in der Verfolgung der Ziele beigetragen. Gemeinsam mit der SPD sei die Erstellung eines Inklusionsplans beschlossen worden. Jetzt sei Detailarbeit notwendig. Dazu sind die Eingaben des Netzwerks wichtig, über Ressourcen und eine notwendige wissenschaftliche Begleitung sei keine Mehrheit im Rat verhandelt werden können. Der

Beginn in einem Aktionsraum sei auch nach Einschätzungen seiner Fraktion ein guter Anfang.

Im Haushalt 2013 sind von SPD und Grünen 200.000 € für die Finanzierung von Integrationshelfer/innen in der Offenen Ganztagschule zur Verfügung gestellt worden – auch dank der Beharrlichkeit des Behindertenpolitischen Netzwerks. Die Grünen sind dafür eingetreten, den Inklusionsprozess auch mit freiwilligen Leistungen zu unterstützen und nicht die vollständige Anwendung des Konnexitätprinzips zur Voraussetzung zu machen. Herr Beckmann bittet das Behindertenpolitische Netzwerk um eine konstruktive Beteiligung an der Erstellung des Inklusionsplans und an der Priorisierung einzelner Maßnahmen gegenüber dem Rat.

Herr Wlost bittet um Verständnis, dass er keine Einschätzung vorträgt, da er erst wenige Wochen im Behindertenpolitischen Netzwerk tätig ist.

Herr Herkelmann liest die Stellungnahme zum Thema Inklusion vor, die das Behindertenpolitische Netzwerk gegenüber dem Rat abgegeben hat.

„Die grundlegende Überzeugung der Inklusion bedeutet für uns, es gibt keine „Behinderten“. Es gibt Menschen, in den unterschiedlichsten Lebenssituationen, die gemeinsam in einem bestimmten Umfeld leben und sich gemeinsam darum bemühen, dieses Umfeld so zu gestalten, dass jeder sich darin wohlfühlen und das Beste aus sich machen kann.

Davon haben alle etwas.

Wenn das Bildungssystem so funktioniert, dass jede und jeder etwas lernen kann, dann dürfen sich alle sicher sein, dass es auch auf sie ankommt.

Wenn es selbstverständlich ist, dass öffentliche Räume so gebaut werden, dass sich alle darin zurechtfinden, Rollifahrerinnen, Sehgeschädigte, Menschen mit Schuhgröße 46, Nichtschwimmer oder Westfalen, dann reden wir nicht mehr über den Umgang mit Behinderten sondern darüber, wie Menschen einander begegnen und was sie aus sich machen können.

Menschen in allen Lebenssituationen werden noch viel darüber nachdenken müssen, was uns eine inklusive Gesellschaft wirklich abverlangen wird und der Weg dahin ist weit. Ein Umdenken braucht viel Zeit, viele Ideen und Initiativen.

Eine Bestandsaufnahme und ein Aufzeigen von denkbaren Wegen wären ein wichtiger Schritt in Richtung eines inklusiven Dortmunds

Wir meinen, diese Initiativen müssen aus der Mitte der Gesellschaft kommen und von ihr getragen werden.

In unserer Stellungnahme zum Bericht der Behindertenbeauftragten „Wahrung der Rechte der Menschen mit Behinderung 2009 - 2010“ sprachen wir uns für eine wissenschaftliche Untersuchung zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in Dortmund aus. Das Behindertenpolitische Netzwerk bekräftigt nochmals eindringlich die Feststellung, dass es keine gesicherten Daten zur Lebens- und Bedarfssituation behinderter Dortmunder und Dortmunderinnen gibt. Weitgehend beruhen die Analysen auf Einschätzungen und Erfahrungen. Gesicherte Daten über eine mögliche Über- oder Unterversorgung sind nicht vorhanden.

Wir meinen, die Erstellung einer solchen Untersuchung ist ein Prozess, in dem Diskussionen mit allen gesellschaftlichen Kräften in Dortmund zu führen sind.

Das Behindertenpolitische Netzwerk schlägt vor, dass die Erstellung eines solchen Berichtes und das Aufzeigen von weiteren Schritten von einer ad hoc Kommission aus Ratsmitgliedern und anderen gesellschaftlichen Kräften begleitet wird. Das Behindertenpolitische Netzwerk beteiligt sich hieran gerne, ohne hierbei eine herausragende oder gar zentrale Rolle einzunehmen. Dieser Prozess kann nur aus der Mitte der Gesellschaft gestaltet werden.

Für die Aufbereitung der Daten und die Koordinierung eines solchen Prozesses halten wir ausreichende personelle Unterstützung und wissenschaftliche Begleitung für unabdingbar.

An der Querschnittsaufgabe der Entwicklung des inklusiven Dortmund arbeiten alle Teile der Stadt Dortmund. Alle Verwaltungsteile sollen in regelmäßigen Abständen der ad hoc Kommission über ihre Beiträge zur Entwicklung des inklusiven Dortmund berichten.“

Herr Herkelmann berichtet, dass in allen Ausschüssen der von Frau Jäkel vorgestellte Antrag gemeinsam mit dieser Stellungnahme beraten wird. Ihm sei wichtig, dass alle Verwaltungsbereiche im Inklusionsprozess einbezogen werden. Denkbar sei die Installation von Behindertenbeauftragten in allen Verwaltungsteilen.

Herr Schmidt begrüßt ausdrücklich auch auf Grundlage der Gespräche im Behindertenpolitischen Netzwerk die Ratsinitiative der SPD-Fraktion. Mit diesem Engagement sei das Thema – wie vom Netzwerk gewünscht – schon ein bisschen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Er formuliert folgende Kernforderungen:

1. Eine politische Begleitung des Inklusionsprozesses auch von Ratsvertreter/innen,
2. Ausreichende personelle Ressourcen für die Prozessbegleitung, die weder aus der Funktion der Behindertenbeauftragten noch aus der

Funktion der Geschäftsführung des Netzwerks abgezweigt werden und

3. den Einstieg in eine Berichterstattung zur Lebenslage von Menschen mit Behinderungen in Dortmund. Solides Zahlenmaterial sei für den Inklusionsprozess unabdingbar.

Herr Beckmann berichtet, dass der Wunsch der Grünen der Einrichtung eines oder einer Inklusionsbeauftragten und von Beauftragten in den Ämtern keine Mehrheit gefunden hat. Er fragt, wie die Kommission zusammengesetzt sein soll.

Herr Schmidt antwortet, dass ihm die Beteiligung von großen Verbänden, wie zum Beispiel der IHK und anderer Meinungsführer/innen wichtig sei. Er wünscht sich insbesondere auch die Einbindung bisher nicht beteiligter Gruppen über die Verbände der Wohlfahrtspflege hinaus.

Herr Niermann weist auf die sehr erfolgreiche Arbeit gegen rechts hin, die auch dadurch so erfolgreich war, dass wie von Herrn Schmidt beschrieben Vertreter/innen der gesamten Stadtgesellschaft beteiligt waren. Sowohl in diesem Themenfeld als auch bezüglich des Themas Inklusion gäbe es bis zu einem bestimmten Punkt ein Konsens unter allen Beteiligten.

Rückblickend weist Herr Herkelmann auf die Themen Integrationshelfer/innen, Inklusion und Westfalenpark hin.

Frau Schmidt stellt Rückblickend für den AK-Barriererefreies Dortmund folgendes fest:

„Was hat sich in Dortmund 2012 in Bezug auf kommunale Beiträge zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bewegt?

Ich beantworte die Frage auf Grundlage der Arbeit des Arbeitskreises Barriererefreies Dortmund (AK) im Jahr 2012, dabei gebe ich meine persönliche Einschätzung wieder.

Ein Dauerthema im Jahr 2012 war weiterhin der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) in verschiedenen Facetten mit dem Schwerpunkt Rollstuhlfahrer/innen in Bus und Bahn. Die in der UN-Konvention geforderte Beteiligung der Expert/innen in eigener Sache findet in diesem Bereich teilweise regelmäßig statt. Dies ist natürlich positiv. Aber an dem Thema zeigt sich auch, dass Beteiligung an sich kein Wert ist. Es gibt Teilbereiche, in denen es langsam vorangeht und andere die wir seit Jahren diskutieren, ohne wesentliche Fortschritte zu machen. In machen Punkten kommt es sogar vor, dass sich die Vortragenden nicht erstgenommen fühlen.

Relative Negativbeispiele in Bezug auf die Beteiligung sind die Thiergalerie und das DFB-Museum. Den Teilnehmer/innen des AK wurde zwar eine Be-

gehung des Thiergalerie-Geländes ermöglicht und die Pläne des Museums einzusehen, aber es bestand kein Interesse die Ergebnisse mit den Teilnehmer/innen ernsthaft zu diskutieren.

Positive Beispiele sind das Ärztezentrum Kampstraße 45 und das Umfeld am Phönix-See. Wobei die weitere Entwicklung des Ärzte zentrums abzuwarten bleibt. Und selbst wenn die Zusammenarbeit noch so gut klappt, kann es an „Kleinigkeiten“ haken. So ist die Behindertentoilette am Phönixsee noch immer nicht mit dem Euroschlüssel ausgestattet und deshalb abends nicht zugänglich.

Das Beteiligungsverfahren zum Phönixsee hat auch eine Gefahr aufgezeigt. Zwei an dem Vorhaben beteiligte Parteien konnten sich in einem Punkt nicht einigen. Deshalb hat eine Partei den AK um seine Stellungnahme gebeten. Sie hat dabei allerdings das Ergebnis vorgegeben. Zu beachten ist dabei, dass die Teilnehmer/innen des AK zwar Expert/innen in eigener Sache aber in der Regel keine Fachleute sind. Sie müssen aufpassen, nicht instrumentalisiert zu werden.

Dennoch bewerten es die Teilnehmer/innen des AK als positiv, wenn sie bei den Bemühungen die Barrierefreiheit zu verbessern von Verwaltungsmitarbeiter/innen um Hilfe gebeten werden, wie beim Sozialbüro Dortmund-Brackel. Es hilft dem AK auch sehr bei seiner Arbeit, wenn Verwaltungsmitarbeiter/innen die Teilnehmer/innen weiterbilden, wie zu dem Thema Barrierefreie Gestaltung der öffentlichen Gebäude und die tatsächlichen und rechtlichen Möglichkeiten des Bauordnungsamtes zur Durchsetzung der Barrierefreiheit .

Z.B die weitere Bearbeitung des City-Konzept 2025 wird zeigen wie sich die Beteiligung des AK entwickelt.

Ein echtes Problem für alle ehrenamtlich im AK Aktiven ist, die Vielzahl der Themen und ihren Fortgang im Auge zu behalten. Aus meiner Sicht ist eine effektive Zusammenarbeit auf Dauer nur möglich, wenn die städtische Verwaltung die Strukturen ausbaut, die die ehrenamtliche Arbeit unterstützen. Von Frau Vollmer, der Behindertenbeauftragten, alleine kann dies nicht geleistet werden. Konkret benötigt der AK dringend eine/n Protokollant/in.“

Herr Herkelmann entschuldigt Frau Steffen. Ein Bericht über die Arbeit des Arbeitskreises Nutzbarkeit und Teilhabe entfällt.

Er weist auf die Inklusionsvereinbarung des Netzwerks mit dem Klinikum Dortmund hin, die auch durch die gute Zuarbeit von Frau Vollmer zustande gekommen ist. Hier schließt sich jetzt die Verabredung eines Jahresarbeitsprogramms an.

Für den Bereich der AG-Sport und Menschen mit Behinderungen stellt Herr Herkelmann die Fortsetzung der Arbeit aus den Vorjahren fest.

Herr Schmidt bittet die anwesenden Fraktionsmitglieder, den Wunsch nach Ausweitung hauptamtlicher Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement mitzunehmen. Dabei gehe es um mehr als das Führen von Protokollen in den Sitzungen. Ihm ist wichtig, diese Fragestellung nicht zu verquicken mit der Notwendigkeit personeller Ressourcen für die Erstellung eines Inklusionsplans.

Frau Jäkel sieht die Zusammenarbeit mit den Behindertenpolitischen Netzwerk als gut an und sagt zu, die Anregungen aus dieser Sitzung mit in die Beratung ihrer Fraktion zu nehmen.

Herr Herkelmann weist auf den Inklusionsprozess in der Stadt Wetter hin. Das Engagement des Bürgermeisters mit der Einberufung einer Personalversammlung zum Thema Inklusion und einer Verwaltungsseitigen Begleitung der Gegründeten Arbeitsgruppen sei vorbildlich und entspreche den Vorstellungen des Netzwerks.

5. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Behindertenpolitischen Netzwerks:

Herr Herkelmann weist auf den an alle verschickte und hier auch vorliegende Bewerbung von Herrn Vaupel um eine Stellvertretende Mitgliedschaft im Netzwerk für Frau Opitz hin.

„Ich bin am 9. Oktober 1959 in Dortmund geboren. Meine 3 Söhne sind 28, 25 und 17 Jahre alt. Ich lebe seit 2009 alleine in einer barrierefreien Wohnung in der Dortmunder Innenstadt. Nach Erreichen der mittleren Reife 1976, begann ich eine Ausbildung zum Maschinenschlosser bei Hoesch in Schwerte. Im Winter 1978 hatte ich einen schweren Autounfall und als Folge eine inkomplette Querschnittlähmung. Nach Rehabilitation und teilweise geh fähig, mit Unterarm-Gehhilfen, konnte ich 1980 eine neue Ausbildung zum technischen Zeichner innerhalb von 2 Ausbildungsjahren, bei der Firma Hoesch, vollenden. Von 1990 bis 1994 machte ich, berufsbegleitend, eine Weiterbildung zum staatlich geprüften Maschinenbau-Techniker. Ich arbeitete als Konstrukteur bis 1998. Da sich meine Körperbehinderung immer mehr verschlimmerte, ich konnte einige Jahre ohne Gehhilfen, etwas humpelnd, laufen, bezog ich dann ab 1998 eine Erwerbsunfähigkeitsrente. Durch eine Zystenbildung im Rückenmarkkanal und starke Osteoporose, kann ich seit 2007, erst überwiegend, dann vollständig, auf die Unterstützung durch einen Rollstuhl nicht mehr verzichten. Meine Aktivität seit 2011 im RBG, Tischtennis Abteilung, brachte mich dazu, mich weitergehend für die Belange der Menschen mit Handicap zu engagieren. Ich besuchte, als interessierter Betroffener, einige AG´s des Behindertenpolitischen Netzwerkes, besonders die AG Sport weckte mein Interesse. Das Engagement von Petra Opitz hat mich sehr beein-

druckt, gerne würde ich innerhalb des Behindertenpolitischen Netzwerkes als ihr Stellvertreter agieren und mich stärker in der AG Sport einbringen“

Auf Nachfrage berichtet Herr Vaupel, dass es ihm ein besonderes Anliegen ist, junge Menschen mit Behinderungen an sportliche Aktivitäten heranzuführen. Er möchte – wie schon bisher – auch im AK Barrierefreies Dortmund mitwirken.

Nach einer nichtöffentlichen Beratung der anwesenden Vertreter/innen der örtlichen Gliederungen der anerkannten Behindertenverbände und des Aktionskreises Der behinderte Mensch in Dortmund teilt Herr Herkelmann nach Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung die Benennung von Herrn Vaupel mit, gratuliert Herrn Vaupel und drückt seine Freude auf die weitere Zusammenarbeit aus.

6. Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Zweigstellen der Sparkasse Dortmund

Frau Nieft berichtet über die Ergebnisse ihrer Recherchen zur Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Sparkassen und der dort vorhandenen Terminals. Aufgrund der Angaben im Internetauftritt sei festzustellen, dass es nur zwei Filialen mit Terminals mit Sprachausgabe gibt. 40 weitere Filialen erfüllen 4 weitere Barrierefreiheits-Kriterien, die sich die Sparkasse selbst gesetzt hat. Nur eine Filiale erfüllt alle 5 Kriterien. Frau Nieft berichtet, dass es in Rheinlandpfalz datiert vom 30.07.2007 eine Zielvereinbarung zwischen dem dortigem Sparkassenverband und mehreren Organisationen von Menschen mit Behinderungen gegeben habe um die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Sparkassen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Diese Zielvereinbarung sei 2012 ausgelaufen. Die Fortschreibung wurde – im Gegensatz zur Ursprungsvereinbarung – von allen 26 Mitgliedern des Sparkassenverbandes unterzeichnet.

Frau Nieft schlägt vor, dass die Dortmunder Organisationen der Zielvereinbarungszeichnungsberechtigten Verbände ihre Landesverbände ansprechen und um die Aufnahme entsprechender Zielvereinbarung bitten.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass neben den zwei Terminals mit Sprachausgaben auch weitere der Automaten für sehbehinderte und blinde Menschen nutzbar seien. Leider sei es bisher nicht gelungen, eine entsprechende Liste von der Sparkasse zu Verfügung gestellt zu bekommen. Er wird den Blinden und Sehbehindertenverband Westfalen nicht auffordern, in Zielvereinbarungsverhandlungen einzutreten. Das Instrument, sei zu bürokratisch und umständlich, juristische und fachliche Unterstützung wäre notwendig, die aber in Nordrhein-Westfalen nicht zur Verfügung steht. Er berichtet, dass Vertreter/innen der Sparkasse Dortmund in eine der nächsten Sitzungen der Arbeitskreise kommen werden, um die aktuellen Entwicklungen zu besprechen.

Frau Rischer schlägt vor, nicht nur den Sparkassenverband, sondern auch andere Bankenverbände anzusprechen. Dieses Thema sei auch für die Kontaktstelle Selbstbestimmt Leben von Bedeutung; der vorhandene Draht zum Ministerium könne genutzt werden.

Frau Schmidt weist darauf hin, dass über das Behindertengleichstellungsgesetz NRW vermutlich nur die Banken in öffentlicher Trägerschaft verpflichtbar sind. Sie bittet die Vertreter/innen der Vereine und Verbände um eine Rückmeldung aus der Ansprache ihrer Landesverbände bis zum 19.03.13.

Herr Volkert berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe „Wohnen und Leben im Alter“ des Seniorenbeirats ebenfalls mit dem Thema beschäftigt. Dazu informiert Frau Vollmer, dass Herr Herkelmann mit der Vorsitzenden des Seniorenbeirates Frau Brand abgesprochen habe, dass dieses Thema in beiden Gremien getrennt behandelt wird.

7. Verschiedenes:

Herr Klein konstatiert, dass im Behindertenpolitischen Netzwerk die Belange von seelisch und psychisch kranken Menschen und von Menschen mit geistiger Behinderung nicht in dem Ausmaß zur Geltung kommen, wie die Belange von sinnenbeeinträchtigten und körperbehinderten Menschen. Für diese Personengruppe sei eine Unterstützung durch die Behindertenhilfe zur Vertretung ihrer Belange notwendig. Er definiert gemeinsame Ziele und Schnittstellen zwischen der Behindertenhilfe und dem Behindertenpolitischen Netzwerk, die genauer beschrieben und bearbeitet werden sollten.

Herr Volkert sagt, dass in der Inklusionsvereinbarung mit dem Klinikum Dortmund alle genannten Gruppen gleichwertig Berücksichtigung fanden.

Frau Vollmer bittet Herr Niermann, das bereits verabredete Arbeitsgespräch für eine Verständigung überein weiteres Verfahren zu nutzen.

Frau Meyer erinnert an das Treffen der Bewohner/innen-Beiräte und Werkstatträte mit den Behindertenpolitischen Netzwerk im letzten Jahr. Eine direkte Teilnahme für Menschen mit geistiger Behinderung an Beratungen zum Beispiel in den Arbeitsgruppen der Regionalplanungskonferenz sei für viele Menschen mit geistiger Behinderung zu schwierig. Sie regt an, ein Pat/innen-System für gelingende Kommunikation einzuführen.

Frau Rogge berichtet aus der Projektgruppe Gesundheit. Im Gespräch mit dem Gesundheitsministerium und dem Thieme-Verlag sei es gelungen, die Übertragung von Patient/innen-Informationen in verständlicher Sprache zu verabreden.

Herr Niermann informiert, dass es im Koordinierungsgremium in der Nachbereitung der Regionalplanungskonferenz auch um dieses Thema ging. Er wünscht eine Trennung der Diskussion in die Fragestellung a) der Übersetzungsleistung und b) der Schnittstellen zwischen Gremien. Er bittet Herrn Klein, für weitere Gespräche zum Thema zur Verfügung zu stehen.

Frau Rischer bietet die Mitwirkung von Mobile, die die Chiccos unterstützen zu diesen Fragestellungen an.

Herr Herkelmann berichtet über den Austausch mit einer Selbsthilfegruppe psychisch erkrankter Menschen und dem Austausch mit der Münsteraner Behindertenbeauftragten über die dortige Einbindung von Menschen mit geistiger Behinderungen in die Gremienarbeit.

Herr Herkelmann dankt allen Anwesenden für die intensiven Beratungen und kündigt an, dass die nächste Versammlung auch an einem Mittwoch stattfinden wird. Das genaue Datum werde gegen Jahresende festgelegt.

Die Sitzung endet um 21.00 Uhr